

# Die liberale Gesellschaft und ihr Ende (III)



Heute erscheint das neue Buch des Berliner Sozialwissenschaftlers und PI-Autors Manfred Kleine-Hartlage: „Die liberale Gesellschaft und ihr Ende. Über den Selbstmord eines Systems“ (Verlag Antaios, Schnellroda, € 19,-). PI veröffentlicht mit freundlicher Genehmigung des Verlages Antaios Auszüge daraus in einer dreiteiligen Serie. Heute Teil III: Die Rolle von Minderheiten:

Wir hatten gesehen, daß der innere Friede eines Landes um so stabiler sein wird, je größer die kulturelle Homogenität innerhalb der Bevölkerung ist; daß diese *Homogenität* alles andere als *Uniformität* bedeutet, aber bestimmte zentrale Vorstellungen von Gut und Böse, Recht und Unrecht, Wahr und Unwahr, Wir und Sie betreffen muß; daß die Tolerierung von Ausnahmen von der Regel und Abweichungen von der Norm nur so lange unproblematisch ist, wie dadurch die Regel bestätigt und eben nicht beseitigt wird; daß zur Demokratie die Bejahung der Nation als eines Kollektivsubjekts gehört; daß die Bejahung oder Verneinung der traditionellen Auffassung von Ehe und

Familie als gesellschaftliches Leitbild keine willkürliche Geschmackssache ist, sondern etwas mit dem Fortbestand eines Volkes zu tun hat; und daß eine Ideologie, die dies alles nicht wahrhaben will, eine ihr anhängende Gesellschaft *mindestens* in erhebliche Turbulenzen stürzen wird.

Wir hatten des weiteren gesehen, daß die weit überwiegende Mehrheit der Menschen diese Ideen kraft ihres gesunden Menschenverstandes bejaht und daß dieser gesunde Menschenverstand deswegen existiert, weil sich in ihm die evolutionär bewährten und daher als Selbstverständlichkeiten bejahten Lösungen des grundlegenden Existenzproblems von Gesellschaft verdichten.

Wie gesagt: Dies bedeutet nicht, daß es keine Weiterentwicklungen und Anpassungen geben könnte oder sollte, und es bedeutet auch nicht, daß Liberalisierung im Sinne der Tolerierung größerer Spielräume für Norm- und Regelabweichungen von vornherein indiskutabel wäre oder nicht sinnvoll sein könnte.

Nichts sollte aber selbstverständlicher sein, als daß derjenige, der die Aufweichung kultureller Selbstverständlichkeiten, die Gleichberechtigung von Minderheitenkulturen, die dauerhafte Aufrechterhaltung fremdnationaler Bindungen und Loyalitäten auch bei Einwanderergruppen, die Umdeutung des Ehe- und Familienbegriffs und ähnliche grundlegende Umwälzungen traditioneller Wertvorstellungen propagiert, beweist oder doch zumindest mit Argumenten belegt, daß die Gesellschaft als Ganzes einen Vorteil – oder doch wenigstens keinen Nachteil – davon hat, und daß demgemäß auch jene Mehrheit, die kein eigenes Interesse an solchen Umwälzungen erkennen kann, ein solches Interesse in Wahrheit eben doch habe; daß sich hier also nicht etwa eine linke bzw. liberale Ideologie der Entstrukturierung mit den Interessen von ethnisch-religiösen Minderheiten (z.B. Moslems) und gesellschaftlichen Randgruppen (z.B. Homosexuellen) gegen die Wünsche und Interessen der

Mehrheit verbündet habe.

Dieser Beweis wird nicht einmal versucht, im Gegenteil: Die Ideologieindustrie wie auch die teils selbsternannten Vertreter von Minderheiteninteressen geben durchaus offenherzig, wenn auch unfreiwillig zu, daß hier gegenläufige *Interessen* miteinander im Konflikt stehen:

*Sie geben es bereits dadurch zu, daß sie unaufhörlich zur Toleranz aufrufen. Das Wort ‚Toleranz‘, das vom lateinischen ‚tolerare‘ (dulden, erdulden) kommt, impliziert, daß das, was da toleriert werden soll, etwas Unangenehmes ist. Zu einem Freund, der ihm willkommen ist, wird kein Mensch sagen ‚Ich toleriere dich in meinem Wohnzimmer‘. Das Wort ‚Toleranz‘ enthält das Eingeständnis einer Zumutung.*

*(Manfred Kleine-Hartlage, Warum ich kein Linker mehr bin, Schnellroda 2012, S. 65 f.)*

Dieses Eingeständnis ist freilich rein impliziter Natur. Sofern der Interessenkonflikt als solcher überhaupt thematisiert wird, läßt die Metaideologie (und speziell deren linke Variante, die grundsätzlich die Interessen der vermeintlich Schwächeren, hier also die von Minderheiten, bevorzugt) keine andere Wahl, als den Interessen der Mehrheit von vornherein die Legitimität abzusprechen. Auf der Basis dieser Ideologie kann man widerstreitende Interessen dieser Art nicht als prinzipiell gleichrangig und gleichermaßen legitim ansehen, sondern muß sie als einen Konflikt zwischen Gut und Böse auffassen:

Der Wunsch, das eigene Volk und dessen Kultur zu erhalten, wird vor diesem Hintergrund zum Ausdruck von „Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“, das Festhalten am christlichen Familienbild und der traditionellen Sexualmoral kann nur auf „Homophobie“ zurückzuführen sein. Wünsche und Interessen, die buchstäblich jahrtausendlang als selbstverständlich galten und allen Anstrengungen der Ideologieindustrie zum Trotz immer

noch die einer Mehrheit sind, werden strenggenommen als nicht nur illegitim, sondern als nichtexistent behandelt und zur bloßen Bemäntelung von „Hass“ umgedeutet.

Diese Art von *Demagogie* – denn um nichts anderes handelt es sich, wenn man die eigenen Interessen nicht mit Argumenten legitimiert, sondern es statt dessen vorzieht, dem Andersdenkenden die moralische Integrität abzusprechen – illustriert ... die Richtigkeit einer ganzen Reihe von Thesen, die ich in diesem Buch entwickelt habe:

Zunächst manifestiert sich darin die destruktive Tendenz aufklärerischen Denkens, wonach Strukturen und Wertorientierungen, die menschliche Gesellschaften von sich aus hervorbringen, eben deswegen etwas zu Überwindendes seien: Da sie ihre Existenz nicht aufklärerischem Denken verdanken (zu deutsch: da sie nicht am Schreibtisch von Ideologen entstanden sind), können sie nur minderwertig und zerstörens-wert sein. Damit einher geht eine teleologische, ja utopistische Geschichtsauffassung, der zufolge der Weg des Menschen ein Weg der Befreiung von vorgefundenen Bindungen und hin zu einer bewußt und rational geplanten Gesellschaft samt den dazugehörigen Wertorientierungen sei. Bewegung und Veränderung, und zwar nicht in irgendeine Richtung, sondern hin zur Utopie, ist dann gleichsam der Normalzustand der Gesellschaft. Verinnerlicht die Gesellschaft diese Annahme als vorbewußte Selbstverständlichkeit, was sie unter der Herrschaft der Metaideologie zwangsläufig tut, so kann es so etwas wie verharrende Kräfte im Grunde gar nicht geben:

Diejenigen Teile der Gesellschaft, die bei ihren Wertorientierungen – etwa beim Patriotismus oder beim christlichen Familienbild – bleiben und ein Interesse an deren gesellschaftlicher Verbindlichkeit bekunden, stemmen sich dann gegen den „Normalzustand“ (der Bewegung), und da diese Bewegung eine Bewegung in Richtung des „Guten“ ist, kann man ihnen nicht zugestehen, einfach bei ihrer Meinung geblieben zu sein: Vielmehr muß ihr Motiv dann die Ablehnung des „Guten“

sein.

Des weiteren offenbart sich in der Verteufelung von Mehrheitsinteressen der immanent undemokratische, elitäre und volksfeindliche Charakter einer Ideologie, die schon aus prinzipiellen Gründen nicht akzeptieren kann, daß Menschen von Natur aus anders sind als sie sein müßten, damit die zu ihrer fragwürdigen Beglückung vorgesehenen Utopien funktionieren. Spätestens der im Zeitverlauf immer schärfer werdende Kampf gegen die Interessen von Mehrheiten zeigt, daß das Denken von der Utopie her notwendig einen autoritären Politikansatz impliziert, der dem emanzipatorischen Anspruch der utopischen Metaideologie hohnspricht.

Daß es dabei um genau *diejenigen* Mehrheiten geht, die die Gesellschaft tragen und weder deren Toleranz noch ihre materielle Leistungsfähigkeit strapazieren, illustriert die Destruktivität eines Ansatzes, der alles, was funktioniert und schon deshalb keine Anstalten macht, sich von selbst zu verändern, nur als Angriffsziel und Zerstörungsobjekt auffassen kann.

Minderheiten, sofern sie ihre kulturelle Eigenständigkeit, ihre eigenen Wertvorstellungen und ihre Lebensweise auch dann bewahren wollen, wenn dies den Interessen der sie umgebenden Gesellschaft zuwiderläuft, haben ein eigenes Interesse daran, daß der Interessengegensatz zwischen ihnen und der Mehrheit nicht als solcher thematisiert, sondern auf eine scheinmoralische Ebene verschoben und dabei der „bösen“ Mehrheit der Schwarze Peter zugeschrieben wird. Sie haben ein Interesse daran, diese Mehrheit zum Schweigen zu bringen. Sie haben ferner ein Interesse daran, Einfluß auf die Politik auszuüben.

Alle Aspekte zusammen führen zu einer verinnerlichten Doppelmoral, bei der die Artikulation eines Interessengegensatzes als „ausgrenzend“ denunziert wird, sofern sie aus der Mehrheitsgesellschaft heraus erfolgt, aber

als legitimes Recht der Minderheit beansprucht wird, sofern es gilt, Forderungen daran zu knüpfen.

In solchen Zusammenhängen werden die Theoreme des Dekonstruktivismus gerne übernommen, sofern man damit ... „die Mehrheit dekonstruieren“ kann, um sogleich wieder kassiert zu werden, wenn sie zur Dekonstruktion der *Minderheit* führen könnten.

Da wird die geschlechtliche Identität des Menschen zum „sozialen Konstrukt“, über das man sich tunlichst hinwegsetzen sollte, sofern damit die traditionellen Geschlechtsidentitäten gemeint sind, aber zum unausweichlichen Schicksal, sofern es um homosexuelle Orientierungen geht.

Da wird Ethnizität zum reaktionären Konstrukt erklärt, sofern es die der Mehrheit ist, aber zum notwendigen Identitätsmerkmal, sofern es sich um die der Minderheit handelt. Martin Lichtmesz hat die Doppelbödigkeit einschlägiger Diskurse trefflich aufgespießt:

*Hier wird also zunächst impliziert, daß es nur Individuen, nur ‚Menschen‘ in einer ‚Gesellschaft‘ gäbe und alle Pauschalisierungen und Identifikationen beliebig machbar und damit auch dekonstruierbar seien. ‚Deutsche‘, ‚Türken‘, ‚Muslime‘, ‚Fremde‘ – das gibt es also eigentlich nicht, das wird nur ‚gemacht‘. Das sind Behauptungen, die im Grunde kein Mensch ernsthaft glaubt. Sie dienen als rhetorische Waffen eines mit ‚Double-Binds‘ gespickten Psychokriegs, die dem Gegenüber den Boden unter den Füßen wegziehen sollen, während er hintenrum unter den eigenen Füßen zementiert wird. So kommen im Handumdrehen auch die eben noch geleugneten Gruppenidentifikationen wieder ins Spiel.“*

*(Martin Lichtmesz, Die Vielen und die Totgesagten, in: Die Verteidigung des Eigenen. Fünf Traktate, Schnellroda 2011, S. 61)*

„Integriert“ sind viele Vertreter solch ethnisch-religiöser

Minderheitsinteressen in der Tat: allerdings nicht in das Volk, in dessen Mitte sie leben, sondern in dessen linke Fraktion, deren Politik darin besteht, dieses Volk aufzulösen, oder – in ihrer Sprache – „die Mehrheit zu dekonstruieren“, und dies als Begriff wie als Realität. (...)

Generell gilt, daß die Ideologien der Destruktion ein treffliches Vehikel sind, als Gebote der „Moral“ erscheinen zu lassen, was in Wahrheit nicht mehr ist als die rücksichtslose Durchsetzung von Partikularinteressen auf Kosten der Allgemeinheit, also das Gegenteil dessen, was normalerweise als moralisch gilt.

Wir brauchen nicht darüber zu spekulieren, wie weit die Vertreter von Minderheitsinteressen subjektiv an die universalistischen Ideologien glauben, deren phraseologische Versatzstücke sie benutzen. Zu unterstellen, daß tatsächlich Heuchelei und nicht genuine Verblendung vorliegt, vereinfacht jedenfalls die Analyse, ohne das Ergebnis zu verändern. Dieses Ergebnis lautet, daß zwischen der politischen Linken und diversen gesellschaftlichen Minderheiten ein Kartell zum gegenseitigen Nutzen existiert:

Die Linke benutzt die Partikularinteressen der verschiedenen Minderheiten, um ihr eigenes Programm der Gesellschaftszerstörung voranzutreiben, ohne es als solches kenntlich zu machen, den Kampf *gegen* die Mehrheit als Kampf *für* die Minderheit auszugeben, die eigene Destruktivität dadurch als „moralisch“ erscheinen zu lassen, durch systematisch forcierte Masseneinwanderung das eigene Wählerpotential zu vergrößern und die aus ihr resultierenden Verwerfungen zu benutzen, um politische Gegner im Zeichen des „Kampfes gegen Rechts“ zum Schweigen zu bringen.

Die Minderheiten wiederum nehmen die Unterstützung durch die politische Linke in Anspruch, um ihren Partikularinteressen eine Durchschlagskraft zu sichern, die sie von sich aus nicht hätten (wobei insbesondere die moslemischen Dschihadstrategen

darauf spekulieren, daß die demographischen Kräfteverhältnisse sie über kurz oder lang in die Lage versetzen werden, sich ihrer linken Steigbügelhalter zu entledigen).

Es sollte auf der Hand liegen, daß eine Gesellschaft keine guten Überlebenschancen hat, die Minderheitsinteressen prinzipiellen moralischen Vorrang auch vor solchen Mehrheitsinteressen einräumt, in denen sich ihr eigenes – der Gesellschaft – Selbsterhaltungsinteresse manifestiert, und die der Artikulation dieser Selbsterhaltungsinteressen ein moralisches Stigma anhängt.